

Die christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika

Der Parteienbegriff in Lateinamerika deckt eine politische Wirklichkeit ab, die nicht mit dem Parteienstaat der repräsentativen Demokratie in industrialisierten Ländern vergleichbar ist. Der Machtwechsel durch demokratische Wahlen bildet heute in Lateinamerika eine Ausnahme. Der konstitutive Stellenwert von Parteien in den politischen Systemen Lateinamerikas ist keine wesentliche Konstante, deshalb nicht, weil es an einem Konsens über die demokratische Machtverteilung mangelt. Dafür sind historische Gründe maßgebend gewesen. Die miteinander konkurrierenden politischen Gruppen aus Wirtschaft, Militär, Großgrundbesitz u. a. neigen dazu, die politische Konfliktlösung nicht innerhalb der durch die geschriebene Verfassung vorgegebenen „Geschäftsordnung“ auszutragen, sondern meistens außerhalb der Verfassungsnormen ihre Interessen durchzusetzen. Daraus hat sich eine Verfassungswirklichkeit entwickelt, die einen konstituellen und nicht-konstituellen Bereich der Machtverteilung und Machtausübung geschaffen hat. Demokratie als Staats- und Lebensform hat sich in Lateinamerika bisher nicht durchsetzen können. Das Funktionieren der politischen Systeme ist nicht abhängig von der Existenz oder der Mitwirkung politischer Parteien. Das verdeutlicht sich, wenn man die politische Kapazität der Parteien im Hinblick auf ihre Entwicklungs- und Reformleistung untersucht. Entscheidende strukturelle Reformmaßnahmen waren fast überall in erster Linie das Produkt autoritärer oder revolutionärer Entwicklungen, die nicht unbedingt von Parteien getragen wurden.

Parteien stellen sich in Lateinamerika im allgemeinen nicht als festgefügte Organisationen mit einer widerstandsfähigen Struktur, mit eigener innerparteilicher und demokratischer Entscheidungsfindung und mit klaren Parteiprogrammen dar, sie bilden sich eher um Personen, Ideen und Interessen, die an der Macht partizipieren wollen. Das Monopol für die politische Machtverteilung haben die Parteien nicht. Als *Status-Parteien* (Liberale, Konservative) stellen sie das politische System nicht in Frage, als *Reformparteien* (Sozialdemokraten, Christdemokraten) müssen sie sich an die politischen Umweltbedingungen anpassen, während sie als *revolutionäre Parteien* (Sozialisten, Kommunisten), die eine radikale Veränderung der Gesellschaft herbeiführen wollen, ebenfalls um eine flexible Haltung nicht herumkommen, wenn sie nicht das Risiko eingehen wollen, aus dem politischen Prozeß ausgeschaltet zu werden. Ein wesentliches Merkmal der lateinamerikanischen Parteien ist dabei der politische Personalismus als

Führungs- und Strukturprinzip. Damit verbunden ist die Unfähigkeit, parteiinterne Konflikte und Opposition integrativ zu lösen. Dieser Mangel produziert immer wieder Parteispaltungen, weil Personen und Gruppen ihre Interessen höher bewerten als Loyalität und Solidarität mit der Partei. Eine wichtige Funktion der Parteien ist die Postenverteilung vor allem dann, wenn es nach einer gewonnenen Wahl gilt, Anhänger, Freunde, Förderer und Familienangehörige zu versorgen.

Rückschläge nach ersten Hoffnungen

Die *christlich-demokratischen Parteien* in Lateinamerika sind Reformparteien, die sich von den traditionellen Gruppen dadurch unterscheiden, daß sie eine evolutionäre Veränderung der Gesellschaftsstrukturen in den Ländern Lateinamerikas herbeiführen und Demokratie als das politische System aufbauen und verwirklichen wollen. Als in Chile am 4. September 1964 der Kandidat der *Partido Demócrata Cristiano* (PDC), *Eduardo Frei*, mit 56,1% der Stimmen zum Präsidenten seines Landes gewählt wurde und am 3. November 1964 sein Amt antrat, konnte zum ersten Male in Lateinamerika ein christlich-demokratischer Politiker die Regierungsverantwortung übernehmen. Frei wollte mit seinem Regierungsprogramm eine „Revolution in Freiheit“ ermöglichen. Er deutete einen eigenen lateinamerikanischen Weg an, der sich sowohl gegen die kapitalistischen Erfahrungen als auch gegen die kommunistischen Versuche, die sich aus der kubanischen Regierungspraxis von Fidel Castro ergaben, abgrenzte. Mit Frei und der chilenischen PDC wurden 1964 große Hoffnungen in Lateinamerika geweckt, die sich 1968 verstärkten, als der Kandidat der *Partido Social Cristiano* (COPEI), *Rafael Caldera*, am 1. Dezember mit knapper Mehrheit (29,1% für Caldera, 28,2% für *Gonzalo Barrios* von der *Acción Democrática*) zum Präsidenten *Venezuelas* gewählt wurde. Auch in anderen Ländern (Perú, El Salvador, Guatemala) gewannen die christlich-demokratischen Parteien an Bedeutung und Einfluß. Freilich wurde diese Entwicklung schon am 4. September 1970 in Chile unterbrochen. Dort gewann der Sozialist *Salvador Allende* als Kandidat der *Unidad Popular* die Präsidentschaftswahl mit 36,6% der Stimmen. *Radomiro Tomic*, der PDC-Kandidat, landete mit 28,1% der Stimmen nur auf dem dritten Platz. In *El Salvador*, wo der *Partido Demócrata Cristiano* (PDC) als stärkste Oppositionspartei sich mit anderen kleineren Parteien zur *Unión Nacional*

Opositora (UNO) zusammengeschlossen hatte und für die Präsidentschaftswahl am 20. 2. 1972 den PDC-Führer und langjährigen Bürgermeister der Hauptstadt San Salvador, *Napoleon Duarte*, als Kandidaten präsentierte, gewann die UNO zwar die Wahl, jedoch konnte Duarte wegen massiver Wahlfälschungen durch die Regierung und durch einen gescheiterten Militärputsch vom 25. Februar 1972 das Präsidentenamt nicht antreten (Hernández-Pico: *El Salvador: Año Político 1971-1972*). Duarte selbst wurde von den Militärs schwer mißhandelt und konnte nur durch die energische Intervention der venezolanischen Regierung Caldera aus den Händen der Militärs befreit werden. Er wurde des Landes verwiesen und lebt seither in Caracas. Eine Rückkehr in seine Heimat wurde ihm bisher von der salvadorianischen Regierung verweigert.

Eine weitere Enttäuschung mußte die christlich-demokratische Bewegung in Lateinamerika am 9. Dezember 1973 in *Venezuela* hinnehmen. Die *Acción Democrática* (AD) gewann mit ihrem Kandidaten *Carlos Andrés Pérez* mit 48,7% der Stimmen die Präsidentschaft, *Lorenzo Fernández*, der sich für die COPEI um das Präsidentenamt beworben hatte, erhielt 36,7%. Die Entwicklung setzte sich in *Guatemala* fort. Dort gelang es zwar dem Kandidaten der *Democracia Cristiana Guatemalteca* (DCG), *General Efraín Ríos Montt*, am 3. März 1974 die Wahl mit klarem Vorsprung für sich zu entscheiden, jedoch verhinderte die Regierung des Generals Arana durch nachträgliche Fälschung der Stimmzettel, die dann sofort ohne jede Kontrollmöglichkeit vernichtet wurden, eine Machtübernahme der DCG. Das letzte Beispiel für die Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich für eine christlich-demokratische Partei in Lateinamerika hinsichtlich der Machtübernahme durch Wahlen ergeben, konnte am 20. 2. 1977 wiederum in *El Salvador* beobachtet werden. Die UNO gewann mit ihren Kandidaten, *Oberst Claramount* als Kandidat für das Präsidentenamt und *José Antonio Morales Ehrlich*, ehemaliger PDC-Bürgermeister der Hauptstadt San Salvador und Kandidat für das Amt des Vize-Präsidenten, erneut die Wahl, aber wie schon 1972 verhinderte die Regierung des Generals Molina durch Wahlfälschungen, Bedrohung und Verfolgung der Kandidaten und Mitglieder der Oppositionsparteien eine demokratische Machtübernahme. Die UNO-Politiker *Claramount* und *Morales Ehrlich* mußten inzwischen, um ihr Leben zu retten, in *Costa Rica* um politisches Asyl nachsuchen.

Für die demokratischen Parteien in Lateinamerika haben sich seit 1968 die politischen Betätigungsmöglichkeiten wesentlich verringert. Die Militärs haben in den meisten Ländern die Macht übernommen. Anfang März 1977 üben die Militärs die Regierungsgewalt in Honduras, Panamá, Ecuador, Perú, Brasilien, Bolivien, Chile, Argentinien und Uruguay direkt aus, während sie in Guatemala, El Salvador, Nicaragua und Paraguay ihre Herrschaft durch manipulierte Wahlen abgesichert haben. In *México* ist die demokratische Machtverteilung durch die institutionalisierte Einparteienherrschaft der *Pardido Revolucionario Institucional* (PRI) erheblich eingeschränkt. Die demokra-

tische Aktionsbasis wird sich zwar formell in *Kolumbien* im Jahre 1978 nach Beendigung des Zweiparteienpaktes zwischen Liberalen und Konservativen erweitern, ohne damit aber eine Chancengleichheit für alle politischen Parteien zu erreichen. Die strukturelle Absicherung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der *Liberalen* und *Konservativen* erlaubt vorerst keine wirkliche demokratische Machtverteilung. Als Länder, die in Lateinamerika die demokratischen Grundregeln beachten, bleiben nur noch *Venezuela*, *Costa Rica* und *Curaçao*. Es ist also nicht Demokratie, was in Lateinamerika nachwirkt. Dieser Begriff hat hier keinen guten Klang. Für die christlich-demokratischen Parteien, die ihre politische Legitimation aus freien Wahlen ableiten, keine günstige Ausgangsposition.

Die Grundidee: Integraler Humanismus

Die christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika sind junge Parteien. Mit Ausnahme der PDC in Chile, die ihre Ursprünge auf eine enge Verbindung mit dem chilenischen Katholizismus in den 30er Jahren zurückführt, und der COPEI in Venezuela, die am 13. Januar 1946 als Comité de Organización Política Electoral Independiente von Rafael Caldera, Lorenzo Fernández, Pedro del Corral, Luis Herrera Campins u. a. ins Leben gerufen wurde und den Gründungsnamen bis heute beibehalten hat, wurden die meisten anderen christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika Ende der fünfziger und in den sechziger Jahren gegründet. Der Anstoß aus Europa, vor allem von der italienischen *Democrazia Cristiana*, war dabei ebenso wichtig wie die Erkenntnis, daß die komplexen Probleme des Subkontinentes nicht von den traditionellen Gruppen (konservative Parteien, repressive Militärdiktaturen) gelöst werden könnten, sondern eine authentische lateinamerikanische Antwort gegeben werden müsse. Die Probleme zeichneten sich ab: die krassen und ungerechten Unterschiede zwischen einer reichen Minorität und einer armen Majorität durch strukturelle Veränderungen zu beseitigen. Der strukturelle Wandel mußte die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte integral erfassen. Die Christdemokraten stellten dabei das humanistische Prinzip in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Den philosophischen und politischen Zugang zu der doktrinären Festigung für die christlich-demokratischen Parteien fanden die Parteigründer vor allem in den Werken von *Jacques Maritain*, *Emmanuel Mounier*, *Joseph Folliet*, *L. J. Lebret*. Gerade Jacques Maritain hat bis heute einen nachhaltigen Einfluß auf die christlich-demokratischen Führer Lateinamerikas ausgeübt. In einer Vielzahl von Publikationen haben Eduardo Frei (Chile), Jaime Castillo (Chile), Rafael Caldera, Aristides Calvani (Venezuela), Hector Cornejo Chávez (Perú) die Veröffentlichungen des französischen Neothomisten analysiert und interpretiert. Dieser Einfluß erklärt sich teilweise daraus, daß das philosophische Gedankensystem Maritains in besonderer Weise den Christdemokraten entgegenkam, die für die Probleme ihrer Länder Lösungen suchten, die aus der phi-

losophischen Substanz eines fortschrittlichen Katholizismus zu begründen waren. Die Faszination lag darin, daß Maritain einen humanistischen Reichtum in seinen Gedanken verdeutlichte, der im Kontext der Ungerechtigkeiten in den Ländern eine Konzeption für eine neue und gerechtere Gesellschaftsordnung als Alternative zu den rational-kapitalistischen Modellen und Erfahrungen anbot. Die ordnungspolitischen Vorstellungen Maritains setzten Qualität vor Quantität, den Menschen über die Technik, die Zusammenarbeit zwischen den Menschen über das individuelle Macht- und Gewinnstreben. Die umfassende Erklärung des integralen Humanismus hat die Programme der christlich-demokratischen Parteien in den Aussagen über den Menschen, die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik geprägt. Begriffe wie *humanismo integral*, *comunitarismo*, *justicia social internacional* sind feste Programmpunkte geworden.

Das politische System, das die Christdemokraten verwirklichen wollen, ist die Demokratie, getragen von den christlichen Grundwerten und Grundrechten. „Es geht vielmehr um Grundlegenderes, im Sinne Maritains, der meinte, daß der Begriff ‚Demokratie‘ etwas beinhalte, das sich sehr unterscheidet von politischer Herrschaft oder einer bestimmten Art politischer Regierungsform. Der Begriff bezeichnet zuerst und vor allem anderen eine allgemeine Philosophie des menschlichen Lebens und der politischen Ideen; er drückt eine grundsätzliche Einstellung aus. Dies ist, was wir als eine wertbezogene Auffassung von der Demokratie bezeichnen können, die dadurch wesensmäßig ist, nicht nur beiläufig bestimmt ist. Demokratie ist nicht nur bloße Verfahrensordnung, wiewgleich auch dies seine Bedeutung hat, sie entspricht einem Bewußtseinszustand.“ (Caldera: *Christliche Demokratie*, S. 39). Der Anspruch, der gestellt wird, ist hoch. Die politische Wirklichkeit Lateinamerikas kommt den Demokraten nicht entgegen. Auf die Demokratie hin wollen die Christdemokraten ihre Programme verwirklichen. Diese Perspektive hat durch die Christdemokraten in Lateinamerika ein neues Muster erhalten, auch wenn die politische Gegenwart bedrückend und unerträglich ist, deshalb vor allem, weil, wollen die Christdemokraten ihr Demokratiekonzept mit den humanistischen (Grundwerte), personalistischen (Personenwürde, Toleranz), pluralistischen (pluralistische Ideologie, Existenz pluraler Formen der Gesellschaft), sozialen, partizipatorischen (dauernde Partizipation des Volkes an den Entscheidungen) und kommunitaristischen (Eigentum und Gesellschaftsordnung) Elementen (Caldera: S. 40–57) in die Wirklichkeit versetzen, die Grundvoraussetzungen gegenwärtig in fast allen Ländern Lateinamerikas fehlen: Garantie der persönlichen Grundrechte; demokratische Wahlen; Ausgleich der sozialen und wirtschaftlichen Interessen u. a. Das ist zugleich auch das Dilemma für die christlich-demokratischen Parteien: Sie sind die entschiedensten Verfechter des demokratischen Systems, können aber in undemokratischen Gesellschaften ihre Ideen und Vorstellungen nicht verwirklichen.

Die Positionen in den einzelnen Ländern

Die christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas haben sich in der *Organización Demócrata Cristiano de América* (ODCA) zusammengeschlossen, einer Organisation, die in erster Linie koordinierende Aufgaben hat und am 23. April 1947 in Montevideo, Uruguay, gegründet wurde. Sie hat 1949 in Montevideo, 1955 in Santiago de Chile, 1957 in São Paulo, 1959 in Lima, 1964 in Caracas, 1969 in Santo Domingo und 1974 in Willemstaad, Curaçao, ihre Kongresse abgehalten. Zum ODCA-Präsidenten wurde *Napoleón Duarte* (El Salvador), zum Generalsekretär *Luis Herrera Campins* (Venezuela) berufen. Das Generalsekretariat befindet sich in Caracas. Der ODCA gehört auch der *Verband der christlich-demokratischen Frauen* (*Mujeres Demócrata-Cristianas de América*, MUDCA) und der *Jugendverband* (*Juventud Demócrata Cristiana de América*, JUDCA) an. Die ODCA gibt ein monatliches *Boletín* (*Informe ODCA*) heraus, in dem die wesentlichsten Erklärungen der Parteien und die politischen Ereignisse in den Ländern Lateinamerikas veröffentlicht werden.

Der ODCA gehören folgende Parteien an: In *Argentinien* sind sowohl der *Partido Revolucionario Cristiano* (PRC, Präsident: *Martín Dip*) als auch der *Partido Popular Cristiano* (PPC, Präsident: *Enrique de Vedia*) Mitglied. Beide Parteien sind aus einer Spaltung im Jahre 1968 hervorgegangen und befinden sich gegenwärtig in einem Prozeß der Wiedervereinigung. Die PPC war in dem Regierungsbündnis unter Perón vertreten, während die PRC sich in der Opposition befand. Nach dem Staatsstreich vom 24. 3. 1976 ist das politische Aktionsfeld der Parteien stark eingeschränkt.

Die politische Szene in *Bolivien* wird seit dem Staatsstreich vom 21. August 1971 von General *Hugo Banzer* bestimmt. Der *Partido Demócrata Cristiano* (PDC) konnte seither nicht mehr tätig sein. Mit dem Dekret vom 9. November 1974 hat Banzer die Parteien verboten und jede politische Betätigung untersagt. Die PDC-Politiker *Benjamin Miguel* und *Felix Vargas* wurden des Landes verwiesen und leben im Exil in Caracas.

Der *Partido Demócrata Cristiano* (PDC, Präsident: *Andrés Baldívar*) in *Chile* hat von 1964–1970 Regierungsverantwortung getragen. Heute stellt sich die Regierungsarbeit von *Eduardo Frei* erfolgreicher dar als im Jahre 1970. Im Vergleich mit den Regierungen *Allende* und *Pinochet* können die PDC und ihr Präsident *Eduardo Frei* zweifelsfrei für sich beachtliche Erfolge in der kurzen Regierungszeit von 1964–1970 beanspruchen. Frei konnte erst nach den Kongreßwahlen vom 7. März 1965 im Abgeordnetenhaus mit 82 PDC-Abgeordneten von 147 sein Reformwerk beginnen. Als Erfolge sind zu nennen: erhebliche Steigerung des Wohnungsbaues; Ausweitung der Krankenversicherung und Unterstützung kinderreicher Familien; Verdoppelung des Schulhausbaues; Verbesserung der Infrastruktur; Verbesserung des Außenhandels; Verstaatlichung der Kupferbergwerke; Beginn der Agrarreform.

Es gelang nicht, die Inflation zu stoppen. Frei hat als Präsident einen Regierungsstil geprägt, der ihm außerordentlich viel Vertrauen durch die Bevölkerung sicherte. Am Ende seiner Regierungszeit war er in und außerhalb Chiles populär wie kein anderer Politiker vor ihm. Sicher ist, daß Frei als einer der bedeutendsten Politiker, die Chile in diesem Jahrhundert hervorgebracht hat, bezeichnet werden kann. Seine Wiederwahl wäre 1970 sicher gewesen, wenn sie verfassungsmäßig möglich gewesen wäre. Die PDC tat sich aber mit ihrem Kandidaten für diese Wahl sehr schwer. Schließlich wurde *Radomiro Tomic* vom linken Parteiflügel ins Rennen geschickt, der gegen *Salvador Allende* von der *Unidad Popular* und *Jorge Alessandri* von der *Partido Nacional* keine Chance hatte. Tomic setzte sich nicht deutlich genug von Allende in seinem Programm ab. Allende erreichte in der direkten Wahl nicht die erforderliche Mehrheit, er wurde schließlich mit Hilfe der PDC im Parlament zum ersten sozialistischen Präsidenten des Landes ins Amt berufen, nachdem die *Unidad Popular* zuvor auf Verlangen der PDC einige zusätzliche Verfassungsgarantien gegeben hatte, an die sie sich dann nicht mehr hielt. Das sozialistische Experiment mit demokratischen Mitteln scheiterte, weil die *Unidad Popular*, vor allem die Sozialistische Partei, nicht bereit war, den demokratischen Weg der Machtübergabe einzuhalten. Am 11. November 1973 stürzten die Militärs *Salvador Allende*, der dabei zu Tode kam. Am 25. November 1973 wurden die sozialistischen Parteien verboten, während die PDC und der *Partido Nacional* suspendiert wurden, ein Zustand, der bis zum 12. März 1977 anhielt. An diesem Tage hat die Regierung Pinochet auch diese Parteien aufgelöst. Die PDC leidet besonders stark unter den repressiven Maßnahmen der Militärdiktatur Pinochets, weil sie zu einer Zusammenarbeit nie bereit war und gegenwärtig die einzige Oppositionspartei im Lande ist. Der Versuch der Sozialisten und Kommunisten, die PDC für den Militärputsch verantwortlich zu machen, konnte keinen Erfolg haben, deshalb nicht, weil die Christdemokraten bis zuletzt eine demokratische Lösung der von der *Unidad Popular* verursachten Krise herbeiführen wollten (IIS: PDC-Dokumentation 1972–1976). Am 26. November 1974 wurde der frühere PDC-Präsident *Renán Fuentealba*, am 6. August 1976 der ehemalige PDC-Präsident und Minister Freis, *Jaime Castillo Velasco*, der wohl bedeutendste Denker der PDC in Chile, des Landes verwiesen, nachdem beide wegen ihrer kritischen Haltung zum Militärregime und als Verfechter der Menschenrechte den Militärs unbequem geworden waren.

In Kolumbien führt der *Partido Social Demócrata Cristiano* (PSDC, Präsident: *Francisco de P. Jaramillo*) ein bescheidenes Dasein. Die Beteiligung der PSDC an den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1974 hat gezeigt, daß diese Partei in Kolumbien keine echte Basis hat. Ähnlich verhält es sich mit der *Partido Demócrata Cristiano* (PDC, Präsident: *Rafael Alberto Grillo Rivera*) in *Costa Rica*, die zwar alle demokratischen Freiheiten in Anspruch nehmen kann, aber über eine sehr geringe Resonanz bei den Wählern verfügt.

Das *Movimiento Demócrata Cristiano* (MDC, Präsident: *Jesús Permy*) als die christlich-demokratische Partei *Kubas* kann als Exilpartei von Miami aus die politischen Ereignisse in Kuba nur wenig beeinflussen. In *Curaçao* bildet der *Partido Nacional Unido* (PNU, Präsident: *Juan G. Evertsz*) unter dem Ministerpräsidenten *Juan G. Evertsz* die Regierung. Der *Partido Revolucionario Social Cristiano* (PRSC, Präsident: *Rogelio Delgado Bogart*) in der *Dominikanischen Republik* hat in den letzten Jahren an Stärke und Einfluß gewonnen, auch wenn es unter dem undemokratischen Regime des Präsidenten Balaguer für die PRSC außerordentlich schwierig ist, über die Wahlentscheidung ein Mitspracherecht zu erhalten. In *Ecuador* hat der *Partido Demócrata Cristiano* (PDC, Präsident: *Oswaldo Hurtado*) nach dem Staatsstreich vom 15. Februar 1972 zunächst kaum eine Möglichkeit der politischen Betätigung gehabt. Das hat sich in der Zwischenzeit geändert. Die Ersetzung des Generals *Guillermo Rodríguez Lara* am 11. Januar 1976 durch ein Dreiergremium und die Einberufung einer Verfassungskommission, in der auch der PDC-Präsident *Oswaldo Hurtado* mitwirkt, eröffnen die Möglichkeit der Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen im Jahre 1978.

Die Situation in *El Salvador* ist tragisch. Der *Partido Demócrata Cristiano* (PDC, Präsident: *Juan Ricardo Ramírez*) ist seit Jahren die stärkste Partei des Landes, sie konnte in der Hauptstadt San Salvador und in anderen Städten und Gemeinden des Landes die Bürgermeister stellen und war im Parlament die zweitstärkste Fraktion, sie wurde aber seit der Präsidentschaftswahl vom 20. 2. 1972 immer wieder um ihre Wahlerfolge betrogen. Seit 1962 regieren die Militärs mit der *Partido de Conciliación Nacional* (PCN). Ein politischer Wandel durch freie Wahlen wurde durch Repression, Behinderung der Oppositionsparteien, Verfolgung ihrer Führer und Wahlfälschung verhindert. Aus Protest gegen diese Praktiken nahm die PDC nicht an den Parlaments- und Kommunalwahlen vom 14. März 1976 teil. Nach den Ereignissen der letzten Präsidentschaftswahl vom 20. Februar 1977 dürfte es der PDC in Zukunft noch schwerer fallen, die Partei zusammenzuhalten. Die *Democracia Cristiana Guatemalteca* (DCG, Generalsekretär: *Vinicio Cerezo*) hat aus den politischen Erfahrungen der letzten 10 Jahre in *Guatemala* die Erkenntnis gewonnen, daß ohne eine Verständigung mit den fortschrittlichen Militärs eine Regierungsübernahme nicht möglich ist. Die DCG erhielt in der Präsidentschaftswahl vom 1. 3. 1970 19,6% der Stimmen, wurde damit drittstärkste Partei. Der DCG-Kandidat *Ríos Montt* gewann die Wahl vom 3. März 1974, konnte aber wegen der Wahlmanipulationen die Macht nicht übernehmen. Die DCG ist gegenwärtig mit 14 (von 61) Abgeordneten im Parlament vertreten. Für die nächste Präsidentschaftswahl im März 1978 hat sie mit dem General *Peralta Méndez*, der als Kandidat präsentiert werden soll, eine gute Ausgangsposition.

In *Honduras*, wo der *Partido Demócrata Cristiano de Honduras* (PDCH, Präsident: *Marco Orlando Iriarte*) und in *México*, wo sich die *Junta Nacional Promotora de*

la Democracia Comunitaria de México (Präsident: *Alfredo García López*) gebildet haben, sind die Zukunftsaussichten der christlich-demokratischen Bewegungen schwer einzuschätzen, auch wenn die PDCH über einen starken Anhang unter den Arbeitern und Campesinos verfügt. In Nicaragua bestimmt die Somoza-Dynastie seit mehr als 40 Jahren die Politik und Wirtschaft des Landes. Auch dieses Regime wird gewiß einmal zu Ende gehen, eine Möglichkeit, die der *Partido Social Cristiano Nicaraguense* (PSCN, Präsident: *Róger Miranda Gómez*) zugute kommen kann, ist die PSCN doch die einzige Oppositionspartei, die in der Lage wäre, einen Übergang entscheidend mitzubestimmen. Sie ist zwar nicht zugelassen, kann auch an den Wahlen, die General *Anastasio Somoza* abhält, um seiner Diktatur einen demokratischen Anstrich zu geben, nicht teilnehmen, hat aber bei den Arbeitern, Campesinos und Studenten einen starken Rückhalt. Eine ähnliche Situation ergibt sich in Paraguay, wo General *Alfredo Strössner* seit 1954 das Land beherrscht. Der *Partido Demócrata Cristiano* (PDC, Präsident: *Romulo T. Perina*) wird von der Regierung nach wie vor die Zulassung verweigert. Auch in Panamá ist die *Democracia Cristiana Panameña* (DCP, Generalsekretär: *Luis Emilio Veces*) nach dem Militärputsch von 1968 durch General *Torrijos* vom politischen Leben ausgeschlossen.

Anders stellt sich die Lage der *Partido Demócrata Cristiano* (PDC, Präsident: *Juan I. Lituma*) in Perú dar. Sie war vor dem Militärputsch im Oktober 1968 an der Regierung *Fernando Belaúnde Terry* beteiligt, entschloß sich nach dem Regierungswechsel zu einer Zusammenarbeit mit den Militärs. *Héctor Cornejo Chávez*, der geistige und politische Kopf der PDC, verband ein Vertrauensverhältnis mit General *Juan Velasco Alvarado*, den er in der Ausgestaltung der Reformpläne beriet. So fand christlich-demokratisches Gedankengut Eingang in Gesetze und Dekrete der Militärregierung. Am 29. 8. 1975 wurde General *Juan Velasco Alvarado* durch General *Morales Bermudez* ersetzt. *Héctor Cornejo Chávez* zog daraus die Konsequenzen und stellte seine Mitarbeit ein. Die PDC identifiziert sich nach wie vor mit der „peruanischen Revolution“, die Distanz zu den Militärs ist aber größer geworden.

Nach der Unabhängigkeit (23. 11. 1975) arbeitet in Surinam die *Progressieve Suriname Volkspartij* (PSV, Präsident: *Linus Alfred Winjtuin*) mit 2 Ministern in der Regierung mit. Außerdem stellt sie mit *Linus Alfred Winjtuin* den Parlamentspräsidenten. In Uruguay versuchte am 28. November 1971 der *Partido Demócrata Cristiano* (PDC, Präsident: *Juan Pablo Terra*) in einem Wahlbündnis mit den Kommunisten („Frente Amplio“) mit dem General *Liber Seregni* die Präsidentschaftswahl zu gewinnen. Das mißlang völlig, *Juan Maria Bordaberry* von dem *Partido Colorado* wurde Präsident. Mit Hilfe der Militärs führte er im Juni 1973 einen Staatsstreich durch, löste das Parlament auf, verbot Wochen später die politischen Parteien, untersagte jede politische Betätigung und ließ führende PDC-Politiker (*Terra*, *Seregni*) verhaften. Borda-

berry selbst wurde am 12. 6. 1976 von den Militärs abgesetzt und am 15. 7. 1976 durch *Aparicio Méndez* ersetzt. Ob damit die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen vorbereitet werden sollte, ist noch nicht zu übersehen. Die PDC ist neben den traditionellen Parteien (*Partido Nacional*, *Partido Colorado*) ein wichtiger politischer Faktor.

Der *Partido Social Cristiano COPEI* in Venezuela (Präsident: *Pedro del Corral*, Generalsekretär: *Pedro Pablo Aguilar*) ist zweifellos heute die stärkste christlich-demokratische Partei in Lateinamerika. Nach dem Sturz des Diktators *Pérez Jiménez* am 23. Januar 1958 bauten die AD und die COPEI das demokratische System Venezuelas auf. Von 1959–1963 stellte die COPEI in der Koalitionsregierung vier Minister. Am 1. Dezember 1968 gewann *Rafael Caldera* die Präsidentschaft, in seiner Regierungszeit (11. 3. 1969–10. 3. 1974) gelang ihm zunächst die Befriedung des Landes, die gewaltsamen Auseinandersetzungen hörten auf. Mit seinem Regierungsstil setzte er für das Demokratieverständnis der Venezolaner neue Maßstäbe. Er mußte ohne eine Mehrheit im Kongreß sein Reformprogramm durchführen, eine Tatsache, die ihn entscheidend behinderte. In der internationalen Politik setzten er und sein Außenminister *Aristides Calvani* mit den Grundsätzen der „internationalen sozialen Gerechtigkeit“ eigene und neue Akzente. Caldera isolierte sich aber zu stark von seiner Partei. Er wollte ein unabhängiger Präsident sein. Der von ihm favorisierte Nachfolgekandidat *Lorenzo Fernández* war zu schwach, um am 9. Dezember 1973 gegen *Andrés Pérez* bestehen zu können. Die COPEI gewann zwar mehr Stimmen als 1968, verlor aber die Wahl und die Macht. Im Dezember 1978 finden die nächsten Präsidentschaftswahlen statt. Die COPEI hofft, mit *Luis Herrera Campins* wieder die Regierungsverantwortung übernehmen zu können.

Ungewisse politische Zukunft

Die Stimmen, die der Demokratie in Lateinamerika keine Chance mehr geben, mehren sich. Die gegenwärtigen Perspektiven sind alles eher als ermutigend. Nur kann man diese Frage heute noch nicht abschließend beurteilen. Sicher dürfte sein, daß die demokratische Alternative in Lateinamerika sich wieder mehr anbietet, wenn die mit soviel Euphorie, Hoffnungen, Versprechen, Opfern und Repressionen begonnenen Versuche, einen eigenständigen und harten Weg zu gehen (Panamá, Perú, Chile, Argentinien, Uruguay) keine Erfolge bringen. Diese Entwicklung zeichnet sich in einigen Ländern ab. Auch Chile wird wieder zur Demokratie zurückkehren. Die Christdemokraten offerieren mit ihren Programmen und Persönlichkeiten ein Entwicklungsmodell, das den individuellen und kulturellen Eigenarten der Lateinamerikaner am nächsten kommt. Die Christdemokraten bilden heute die wirksamste Kraft gegen marxistische und totalitäre Ideologien. In der Zeit,

wo die Christdemokraten keine Zeit haben, ihre Ideen zu verwirklichen, haben sie Zeit, ihre Ideen den eigenen Mitgliedern durch ein umfassendes Bildungsprogramm zu vermitteln und gleichzeitig die offensive Auseinandersetzung gegen die marxistischen und totalitären Ideologien zu führen. Diese Bildungs- und Forschungsarbeit wird durch das Instituto de Formación Demócrata Cristiana (IFEDEC) in Caracas, das Instituto de Estudios Comunitarios (IDEC) in Buenos Aires, das Instituto de Estudios Políticos (IDEP) in Santiago de Chile, die Fundación Ecuatoriana de Estudios Sociales (FESO) in Quito, das Instituto de Formación y Estudios Sociales (IFES) in Lima und das Instituto Centroamericano de Estudios Socio-Políticos (INCEP) in Mittelamerika geleistet. Die Ziele dieser Arbeit können als die Gesamtheit der Bemühungen, Jugendliche und Erwachsene an das Verständnis, die Mitverantwortung und die kritisch aktive Teilnahme am sozialen und politischen Geschehen heranzuführen, definiert werden. In Seminaren, Kursen und Kolloquien werden Informationen und Kenntnisse über Politik, Programme und Ziele der christlich-demokratischen Parteien vermittelt. Die Christdemokraten wollen durch einen strukturellen Wandel in den Ländern Lateinamerikas eine Entwicklung herbeiführen, wo in der neuen Gesellschaftsordnung, die sie sich vorstellen, die Bürger nach den Prinzipien des integralen Humanismus und der sozialen Gerechtigkeit leben können. Die Demokratie ist das politische System, das angestrebt wird. Insofern stellt die Bildungsarbeit, die von den Instituten seit Jahren in Lateinamerika geleistet wird, den direkten Bezug zur politischen Aktion her. Sie ist funktional im Hinblick auf die von den christlich-demokratischen Parteien angestrebte Gesellschaftsordnung, auf die hin der Reformprozeß in Gang gesetzt werden soll.

Die Zukunft der christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika hängt ab von der Frage, ob sich Demokratie als politisches System, das vor allem die kulturellen Besonderheiten zu integrieren hätte, durchsetzen wird oder nicht. Das kann überall dort der Fall sein, wo die politi-

schen Aktivitäten in einem Lande ein bestimmtes Maß an Vielfalt und Komplexität erreichen und die durch den sozialen und politischen Wandel erreichten strukturellen Machtveränderungen die Teilnahme der Massen am politischen Geschehen erzwingen. Durch den Zusammenbruch von traditionellen Gesellschaftsstrukturen entstehen neuartige Bedürfnisse der politischen Repräsentation und der politischen Machtverteilung. Die Bedeutung der politischen Parteien hängt daher nicht unwesentlich vom Grad der Entwicklung eines Landes ab. Es ist denkbar, daß sich in Lateinamerika nach der Periode, die gegenwärtig von den Militärs bestimmt wird, eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung am politischen Geschehen ergeben wird. Für die Christdemokraten wird dabei entscheidend sein, welchen Entwicklungsanteil sie im Kontext konkurrierender und/oder kooperierender Entwicklungsträger (sozialistisch orientierte Parteien) haben werden. Ihre Ziele, Programme und politischen Führungspersönlichkeiten bieten sich als eine Alternative an. Die historische Perspektive für die christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika ist noch keineswegs verbraucht.

Josef Thesing

Literaturhinweise:

1. Rafael Caldera: Christliche Demokratie – ein Modell für Lateinamerika und die Freie Welt, herausgegeben von Peter Molt, Bd. 14 der Schriftenreihe des Institutes für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung (IIS). Mainz, 1976;
2. Jaime Castillo: los caminos de la revolución, Santiago de Chile, 1972;
3. Jaime Castillo: teoría y práctica de la democracia cristiana chilena, Santiago de Chile, 1973;
4. Aristides Calvani: Selección de Discursos, Caracas, 1974;
5. Héctor Cornejo Chávez: socialcristianismo y revolución peruana, Lima, 1975;
6. Eduardo Frei: El mandato de la historia y las exigencias del Provenir, Santiago de Chile, 1975;
7. Eduardo Frei: Humanismo, Democracia y Desarrollo, Santiago de Chile, 1975;
8. Oswaldo Hurtado: El Poder Político en El Ecuador, Quito, 1977;
9. Informe ODCA, Caracas, Nr. 1-38;
10. IIS: Christliche Demokratie in Lateinamerika, Bd. 10 der Schriftenreihe, Mainz, 1970;
11. IIS: (Hrsg. Josef Thesing): Politik und Entwicklung in Lateinamerika, Bd. 15 der Schriftenreihe, Mainz 1976;
12. IIS: Dokumentation zur Haltung der Christlich-Demokratischen Partei Chiles 1972-1976, Bonn, 1976

Länderbericht

Zur Situation der katholischen Kirche in Jugoslawien

Als 1971 J. G. Reißmüller sein Buch „Jugoslawien. Vielvölkerstaat zwischen Ost und West“ veröffentlichte, schrieb er über die Lage der Kirchen: „Im ganzen kommunistischen Südosteuropa schauen heute die Kirchen sehnsüchtig auf Jugoslawien. Soviel Freiheit zu haben, wie sie dieser Staat Religion und Kirche läßt, ist ihr Traum.“

Obwohl sich nach der kroatischen Krise 1971/72 die Lage für die Kirche eindeutig verschlechterte, gelten Reißmüllers Worte auch heute: Unter allen kommunistisch regierten Ländern Ost- und Südosteuropas nimmt Jugoslawien in seiner Kirchenpolitik noch eine Sonderstellung ein. Das zeigt sich nicht nur darin, daß die Kontakte der Kirche